

Interfraktioneller Antrag zur Sitzung des
Bezirksausschusses 16 Ramersdorf-Perlach am 7. Oktober 2014

Für gelingende Integration, gegen eine Überforderung der örtlichen Sozialstrukturen!

In Verantwortung für die ankommenden Flüchtlinge, die Anwohnerinnen und Anwohner der geplanten Gemeinschaftsunterkünfte und die Sicherung der Funktionsfähigkeit der Sozialstrukturen vor Ort beschließt der Bezirksausschuss 16 Ramersdorf-Perlach:

1) Informationsveranstaltungen für Anwohner der geplanten Unterkunftsanlagen durchführen

Landeshauptstadt München und Regierung von Oberbayern werden aufgefordert, die bereits seit geraumer Zeit vereinbarten und angekündigten Informationsveranstaltungen schnellstmöglich, jedoch möglichst noch in diesem Oktober, durchzuführen und die jeweilige Anwohnerschaft dazu mit ausreichendem Vorlauf einzuladen.

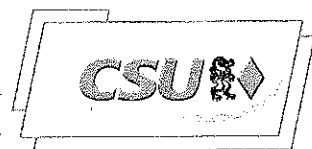
2) Informationsveranstaltungen und Beratungsangebote für interessierte Ehrenamtliche anbieten

Landeshauptstadt München und Regierung von Oberbayern werden aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den sozialen und karitativen Akteuren vor Ort, sowie dem Münchner bzw. dem Bayerischen Flüchtlingsrat und in enger zeitlicher Folge zu den unter Ziffer 1 genannten Informationsveranstaltungen auch zwei zentrale Veranstaltungen für interessierte potenzielle ehrenamtliche Helfer anzubieten. Dabei sollen diese über Anforderungsprofile, Einsatzmöglichkeiten und Qualifizierungsangebote informiert werden. Sofern aktuell noch keine Qualifizierungsangebote, etwa Fachvorträge zum Umgang mit Traumatisierten oder dergleichen, vorhanden sind, sind diese unverzüglich zu etablieren.

3) Sozialträgerschaft als Verbundleistung betrachten

Landeshauptstadt München und Regierung von Oberbayern werden aufgefordert, sich gegenüber den in Frage kommenden Sozialträgern und dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration dafür einzusetzen, dass alle im 16. Stadtbezirk bestehenden bzw. zur Realisierung anstehenden Gemeinschaftsunterkünfte (vorbehaltlich Stadtratsbeschluss) hinsichtlich der Sozialträgerschaft als Verbund betrachtet werden. Der Bezirksausschuss spricht sich dabei für die örtlich stark vernetzte und erfahrene Caritas als Sozialträger aus.

Der Bezirksausschuss beschließt zudem, diese Bitte auch selbstständig gegenüber dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration sowie der Caritas gegenüber zu vertreten.



4) Betreuungs- und Koordinationskapazitäten aufstocken

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München wird aufgefordert, unverzüglich die notwendigen Beschlüsse zu treffen, um die Moderations- und Kooperationskapazitäten bei REGSAM so aufzustocken, dass mindestens eine von reinen Verwaltungsaufgaben entlastete Vollzeitstelle geschaffen wird, die ausschließlich den 16. Stadtbezirk betreut.

Die Landeshauptstadt München, vertreten durch den Oberbürgermeister und den Stadtrat, werden ferner aufgefordert, sich für eine Optimierung des Betreuungsschlüssels im Bereich der Sozialträgerschaft von Unterkunftsanlagen einzusetzen. Der Bezirksausschuss erhebt diese Forderung auch selbstständig gegenüber dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration. Zielsetzung ist dabei eine Betreuungsrelation von mindestens 1:100, gemessen an den Kapazitäten der jeweiligen Gemeinschaftsunterkünfte.

5) Moratorium für weitere Unterkunftsanlagen verhängen

Die Landeshauptstadt München und speziell die mit der Suche nach Standorten betrauten TaskForces und Stäbe werden aufgefordert, über den 16. Stadtbezirk ein Moratorium zu verhängen und nach Beschlussfassung des Stadtrats, die für den 9. Oktober 2014 angekündigt ist, im 16. Stadtbezirk bis auf weiteres keine weiteren Standorte für die Unterkunftsanlagen vorzusehen und ggf. laufende Prüfungen von Standorten unverzüglich zu beenden. Dem Stadtbezirk und allen involvierten Akteuren soll damit die notwendige Zeit gegeben werden, Erfahrungen hinsichtlich der Akzeptanz der Anlagen, der Bedarfe der Bewohner und der Anforderungen an das soziale Umfeld zu sammeln und die notwendige Integrationsleistung zu vollbringen. Dies wird, nachdem es bisher keine vergleichbar großen Unterkunftsanlagen gibt, ein Pilotprojekt für alle Beteiligten sein.

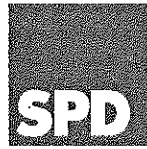
6) Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften in staatlicher Hand belassen

Die Regierung von Oberbayern wird aufgefordert, keine der für den 16. Stadtbezirk geplanten Gemeinschaftsunterkünfte (vorbehaltlich Stadtratsbeschluss) durch private Firmen betreiben zu lassen.

Sofern bei eigener Betreibereigenschaft die Vergabe von einzelnen Dienstleistungen unumgänglich ist, ist auf den Einsatz von qualifiziertem Personal zu achten (z. B. bei Wachdienstleistungen) und dies regelmäßig zu kontrollieren. Der Einsatz von Subunternehmern ist vertraglich auszuschließen.

7) Wirtschaftlichkeit versus Menschlichkeit: Bereitstellung von ausreichenden finanziellen Mitteln

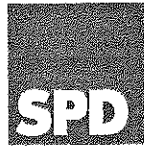
Der Aspekt der Wirtschaftlichkeit bei Planung und Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften muss aus Sicht des Bezirksausschusses eine nachrangige Rolle spielen. Aufgrund der großen Flüchtlingsströme müssen insbesondere auch vom Bund erheblich mehr Gelder zur Verfügung gestellt werden. Dies geschieht erfreulicherweise auch z.B. bei Flut- oder Umweltkatastrophen.



Begründung:

- Ad 1) Nachdem die Informationsveranstaltungen nach einer entsprechenden Information des Sozialreferats nun von der 3. Bürgermeisterin der Landeshauptstadt München, der Sozialreferentin und der Vizepräsidentin der Regierung von Oberbayern durchgeführt werden sollen, besteht die Gefahr von Verzögerungen aufgrund von Terminproblemen. In Anbetracht der Tatsache, dass die ersten Bauvorbereitungen z.B. in der Nailastraße wohl schon im November beginnen werden oder müssen, rechtzeitig vor Beginn der Frostperiode, ist eine Anwohnerinformation vorab unabdingbar. Eine Information nach bereits erfolgtem Baubeginn erscheint wenig zielführend.
- Ad 2) Es ist unabdingbar, gewillten Bürgerinnen und Bürgern rechtzeitig Informationen an die Hand zu geben, wie sie sich engagieren können, und damit auch positiv zu kommunizieren. Ziel sollte sein, rechtzeitig einen Pool an Interessierten aufzubauen und diesen die Möglichkeit zur Vorbereitung und vertieften Information zu geben. Ohne eine frühzeitige wertschätzende Einbindung Ehrenamtlicher sind gravierende Nachteile in der Integration zu erwarten. Dabei sollen zwei Termine angeboten werden, um eine breitestmögliche Teilnahme zu ermöglichen.
- Ad 3) Die Betrachtung als Verbund garantiert einen besseren Informationsfluss, schafft die Möglichkeit vernetzten Arbeitens, kann ehrenamtliche wie professionelle Angebote besser auslasten und bietet zudem die Möglichkeit, in Notfällen temporär personelle Aufstockungen oder Ausgleichs durchzuführen. Darüber hinaus können gerade angesichts der prognostizierten zeitlichen Versatzes der Inbetriebnahme der einzelnen geplanten Anlagen (vorbehaltlich Stadtratsbeschluss) Lerneffekte realisiert werden.
- Ad 4) REGSAM kommt in der Integration eine Schlüsselrolle zu. Insofern ist es nicht hinnehmbar, dass, wie aktuell, ein einziger Moderator mehrere Stadtbezirke und mehrere Unterkunftsanlagen (einschließlich Erstaufnahmeeinrichtungen) zu betreuen hat. Dies kann keine Person allein leisten.
- Ad 5) Sollte der dem Stadtrat vorgelegte Programmabschluss angenommen werden, würde dies für den 16. Stadtbezirk die Ansiedlung dreier großer Gemeinschaftsunterkünfte mit in Summe knapp 700 Flüchtlingen in relativ kurzer Zeitspanne, etwa zwischen April und Juli 2015, bedeuten. Angesichts der bereits bestehenden und in jüngster Zeit ebenfalls neu hinzugekommenen kleineren Unterbringungsformen sowie den weithin bekannten alltäglichen Anforderungen der Sozialstruktur im Stadtbezirk würde dies eine enorme Herausforderung für Ramersdorf-Perlach darstellen, deren Bearbeitung geraume Zeit erfordern wird.

Betont wird in diesem Zusammenhang, dass der Bezirksausschuss 16 sich von Anfang an der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gestellt hat, alle bisherigen Prozesse konstruktiv begleitet hat und die verantwortlichen Stellen durch verschiedenste Maßnahmen (Informationswebsite, FAQ-Bogen, Ansprache von Multiplikatoren, etc.) nach Kräften unterstützt hat. Der Stadtbezirk stellt sich insofern der Herausforderung, er braucht im Gegenzug jedoch auch Zeit, diese anzunehmen und zu bearbeiten. Dem Stadtbezirk diese Zeit zu geben liegt im stadtgesellschaftlichen Interesse und ist zugleich gesamtstädtische Verantwortung.



- Ad 6) Publik gewordene Fälle von Ausschreitungen in anderen Bundesländern tragen aktuell zur Verunsicherung der Bevölkerung bei. Zudem besteht seitens der Bevölkerung, Anwohnerschaft und des Bezirksausschusses der Wunsch nach einem staatlich legitimierten Ansprechpartner.
- Ad 7) Bereits im Vorfeld der Planungen wurde der Bezirksausschuss immer wieder ausgebremst, wenn es z.B. um die räumliche Ausgestaltung der Unterkünfte ging. Ein Mehr an Gemeinschaftsräumen, familiengerechten Räumen oder zusätzlichen sanitären Anlagen wurde mit dem Argument der „Unwirtschaftlichkeit“ sprich dann notwendigem Mehraufwand abgelehnt. Nicht zu vergessen ist ein Plus an Personal für die Betreuung der traumatisierten Menschen auf engem Raum!

Gez. für die Fraktion der CSU

Simon Soukup

Gez. für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Christian Smolka

Gez. für die Fraktion der SPD

Astrid Schweizer